

Die Stadtverordnetenversammlung
Haupt- und Finanzausschuss

Stadt Weiterstadt · Riedbahnstraße 6 · 64331 Weiterstadt

Mitglieder
des Haupt- und Finanzausschusses
und des Magistrates

64331 Weiterstadt

Sachbearbeitung

Annette Zettel

☎ 06150/400-1404 · 📠 06150/400-1409

✉ parlamentarischesbuero@weiterstadt.de
Zimmer-Nr. 609

Rathaus

Riedbahnstraße 6
64331 Weiterstadt

☎ 06150/400-0
<http://www.weiterstadt.de>

Öffnungszeiten

Montag - Freitag	8:00 - 12:00 Uhr
Mittwoch	14:00 - 18:00 Uhr

Unser Zeichen	I/FD 4/001-10/Ze
Datum	18. März 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur 27. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses lade ich Sie herzlich ein für

Montag, 25. März 2019 um 19:00 Uhr
im Rathaus, Sitzungsraum Verneuil sur Seine, Riedbahnstraße 6.

Auf die beiliegende Tagesordnung, die Bestandteil der Einladung ist, wird verwiesen.

Die Mitglieder des Ausschusses können sich im Einzelfall durch andere Stadtverordnete vertreten lassen (§ 62 Abs. 2 HGO). Sollten Sie verhindert sein, verständigen Sie bitte eine Vertreterin oder einen Vertreter.

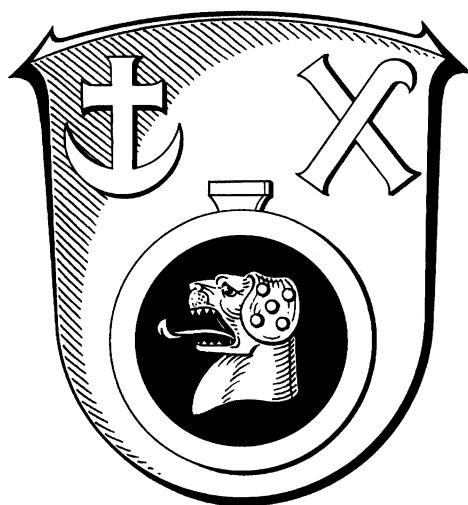
Mit freundlichen Grüßen

Kurt Weldert
Vorsitzender

F.d.R.

Tagesordnung
zur 27. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am 25. März 2019 um 19:00 Uhr

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21. Januar 2019	
2. Holzvermarktungsorganisation; Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)	10/0696/1



NIEDERSCHRIFT

26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Weiterstadt

10. Legislaturperiode 2016/2021

am	21. Januar 2019
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	20:50 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Gürkan, Benjamin
Keil, Kathrin
Sausner, Barbara
Stallmann, Jana

CDU-Fraktion

Brunner, Bernd
Köhler, Lutz bis Top 2

ALW-Fraktion

Amend, Heinz Günther
Cadena Arias, Marta

FWW-Fraktion

Weldert, Kurt

Präsidium

Stadtverordnetenversammlung

Dittrich, Manfred
Pohl, Dr. Barbara

Magistrat

Berger, Manfred
Fischer, Willi
Hamm, Dr. Udo
Hasenauer, Josef
Merlau, Günter

Möller, Ralf

Pohl, Edgar

Reitz-Gottschall, Angelika

Spätling-Slomka, Dorothea

Thalheimer, Werner

Ausländerbeirat

Didonna Schnellbacher, Maria

Seniorenbeirat

Götz, Gerhard

Ehrenamtlicher

Behindertenbeauftragter

Blättler, Peter

Schriftführung

Rupp, Jens

Verwaltung

Buß, Volker
Weicker, Siegfried
Wesp, Frank
Zettel, Annette

Presse

Darmstädter Echo: Wickel, Dr. Marc

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Kurt Weldert, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 3. Dezember 2018 und 6. Dezember 2018	
2. Stadtparlament im Internet - Streaming und Speicherung öffentlicher Sitzungen; Antrag der SPD-Fraktion	10/0651
3. Stärkung e-Government - Digitales Weiterstadt; gemeinsamer Antrag der SPD- und FWW-Fraktion	10/0652

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vom 3. Dezember 2018 und 6. Dezember 2018

Einwendungen gegen die Niederschriften vom 3. und 6. Dezember 2018 werden nicht erhoben. Sie sind somit rechtskräftig.

Tagesordnungspunkt 2

Stadtparlament im Internet - Streaming und Speicherung öffentlicher Sitzungen; Antrag der SPD-Fraktion

Drucksache: 10/0651

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 22. November 2018 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Nach eingehender Beratung wird seitens der Fraktionen beantragt, dass die Drucksache bis zur Vorlage verschiedener Modelle, inkl. der damit verbundenen Kosten zum Streaming und zur Speicherung öffentlicher Sitzungen, im Ausschuss verbleibt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Möller bittet darüber hinaus alle Fraktionen die Anzahl der Personen zu benennen, die mit einer Übertragung einverstanden sind. Weiterhin sagt Bürgermeister Möller zu, den von der ALW-Fraktion vorgeschlagenen Shuttleservice zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zu prüfen.

Ausschussmitglied Köhler verlässt die Sitzung.

Tagesordnungspunkt 3

Stärkung e-Government - Digitales Weiterstadt; gemeinsamer Antrag der SPD- und FWW-Fraktion

Drucksache: 10/0652

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 22. November 2018 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt präsentieren die Vertreter der ekom21 die verschiedenen Möglichkeiten und Herausforderungen der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Die daran anschließenden Fragen werden von den Vertretern ebenfalls beantwortet.

Die ALW-Fraktion beantragt, die Punkte 2, 3 und 4 des Beschlussvorschlags zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

3	Ja-Stimmen	(1 CDU, 2 ALW
5	Nein-Stimmen	(1 FWW, 4 SPD)

Der Antrag wird somit abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Ein umfassendes e-Government-Konzept inklusive Umsetzungsstrategie zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung bis spätestens Juni 2019 vorzulegen.
In diesem Konzept sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- a. Digitalisierung von Verwaltungsprozessen mit besonderem Fokus auf Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger (Government to Citizen, G2C) sowie Unternehmen (Government to Business, G2B)
 - b. Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeiter für digitale Verwaltungsprozesse
 - c. Verwaltungsinterne digitale, papierlose Kommunikation (G2G, e-Akte etc.)
 - d. Verbesserung der digitalen Informations- und Abwicklungssysteme (Web, App etc.) und Einführung eines Open-Data-Projektes
 - e. Module für bessere Bürgerbeteiligung und Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern
 - f. Bereitstellung der benötigten IT-Infrastruktur mit Fokus auf Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung (sogenannte Green-IT)
 - g. Sicherheit und Datenschutz (Verschlüsselung, Cybersicherheit etc.)
 - h. Benutzungsfreundlichkeit und Barrierefreiheit (und Alternativen, falls die Barrierefreiheit nicht oder nur teilweise hergestellt werden kann)
 - i. Best-Practice-Beispiele von anderen Kommunen benennen
 - j. Möglichkeiten der Förderung durch EU, Bund und Land aufzeigen
 - k. Zeitplan zur Umsetzung inklusive Kosten- und Personalplan
2. Eine/n e-Government-Beauftragte/n zu benennen, der entsprechende Fachkompetenzen im Bereich IT, Digitales und Verwaltung mitbringt, mit entsprechenden Arbeitsstunden ausgestattet wird und die Umsetzung von e-Government vorantreibt, überwacht und die Koordination aller Tätigkeiten übernimmt.
 3. Eine Fachgruppe e-Government innerhalb der Verwaltung, ggf. auch unter Hinzuziehung von externen Experten, einzurichten, die den oder die e-Government-Beauftragte/n unterstützt.
 4. Mittel im Haushalt 2019 für Analyse, Beratung und Umsetzung der oben genannten Punkte bereitzustellen. Hierfür soll ein eigenes Konto und eine überprüfbare Kennzahl im Haushalt geschaffen werden.
 5. Über die Umsetzung der e-Government-Aktivitäten einen jährlichen Bericht anzufertigen.

Abstimmungsergebnis:

6	Ja-Stimmen	(1 CDU, 1 FWW, 4 SPD)
2	Enthaltungen	(2 ALW)

Kurt Weldert
Vorsitzender

Jens Rupp
Schriftführung

Vorlage an

Stadtverordnetenversammlung für die Sitzung am 14.03.2019

Holzvermarktungsorganisation; Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)

Beschlussvorschlag:

1. Zur Vermarktung der in dem Wald der Stadt Weiterstadt anfallenden Hölzer im Sinne einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes als Element der Daseinsfürsorge für die Bevölkerung und die Öffentlichkeit wird eine Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) mit dem Namen

Holzkontor Darmstadt-Dieburg-Offenbach

gemeinsam mit den nachgenannten Städten und Gemeinden

Alsbach-Hähnlein, Babenhausen, Bickenbach, Darmstadt, Dieburg, Dietzenbach, Egelsbach, Eppertshausen, Fischbachtal, Griesheim, Groß-Biebrau, Groß-Umstadt, Groß-Zimmern, Hainburg, Langen, Mainhausen, Messel, Modautal, Mühlheim am Main, Mühlthal, Münster (Hessen), Ober-Ramstadt, Obertshausen, Otzberg, Reinheim, Rödermark, Rodgau, Roßdorf, Schaafheim, Seeheim-Jugenheim und Seligenstadt

gegründet. Die Anstalt entsteht durch Vereinbarung ihrer Errichtung, welche am Tage nach der letzten öffentlichen Bekanntmachung wirksam wird.

2. Gleichzeitig stimmt die Stadt Weiterstadt der als Anlage beigefügten Satzung zu.

Diese Satzung tritt zeitgleich mit Entstehung der Anstalt in Kraft. Sie beinhaltet folgende Kernpunkte:

Das Stammkapital beträgt 50.000,00 €. Es wird durch die Städte und Gemeinden in gleichen Anteilen erbracht. Verwaltungsratsmitglieder sind die Oberbürgermeisterinnen-Oberbürgermeister-Bürgermeisterinnen-Bürgermeister einer jeden Anstaltsträgerin.

Der Magistrat wird beauftragt, die für die Gründung der AöR erforderlichen weiteren Verfahrensschritte vorzubereiten und die bereits mit der Kommunalaufsicht vorabgestimmte Satzung zum Abschluss zu bringen.

3. Der Bürgermeister als Vertreter im Verwaltungsrat der AöR wird im Rahmen der dortigen Abstimmungsprozesse insbesondere ermächtigt:
 - den Sitz und die Standorte der Anstalt festzulegen;
 - den Entschädigungssatz je verkauften Festmeter festzulegen
 - den Geschäftsplan zu erarbeiten und den Aufbau der Team- und Organisationsstrukturen zu begleiten.

Sachverhalt:

Durch kartellrechtliche Entscheidungen ist es dem Dienstleister HessenForst ab dem 1. Januar 2019 nicht mehr erlaubt, Holz aus kommunalem Forst zu vermarkten, sofern die betreffende Kommune mindestens 100 Hektar Forst im Eigentum hält. In der Vergangenheit hat HessenForst die Vermarktung des städtischen Holzes übernommen. Die Stadt Weiterstadt liegt mit einer Fläche von ca. 30 Hektar zwar deutlich unter der Grenze von 100 Hektar, aber viele Kommunen im Landkreis Darmstadt-Dieburg oder Offenbach und auch die Stadt Darmstadt besitzen kommunale Forstflächen, die um ein Vielfaches über dieser Grenze liegen. Diese Kommunen sind gezwungen, eigene und von HessenForst unabhängige Strukturen für die Vermarktung ihres Holzes aufzubauen.

Die zukünftige AöR Holzkontor Darmstadt-Dieburg-Offenbach soll diese Struktur schaffen und die Vermarktung übernehmen. Ziel ist die sachgerechte Betreuung der betroffenen Kommunen und die Bündelung des vermarktbaren Holzes zu einer ausreichend hohen Zahl von mehr als 100.000 fm (Festmetern), um eine entsprechende Marktposition zu haben und den wirtschaftlichen Erfolg beim Verkauf zu sichern. Dies soll in enger, vertrauensvoller und zielgerichteter interkommunaler Zusammenarbeit umgesetzt werden.

Die Stadt Weiterstadt schließt sich dieser AöR als starker Gemeinschaft aus solidarischen Gründen an. Aufgrund der Satzung dieser AöR und des verschwindend geringen Anteils der Weiterstädter Fläche und Holzmenge, werden sich die für die Stadt gemäß Satzung anfallenden Kosten in einem geringen Bereich bewegen. Der Anteil der Stadt an dem Stammkapital wird voraussichtlich bei etwa 1.600,00 € liegen.

Die neue Vermarktungsorganisation ist mit HessenForst abgestimmt und führt auch in der Zukunft zu keiner Schnittstellenproblematik bei der Bewirtschaftung des Waldes und den hiermit verbundenen Abläufen.

Finanzierung:

Die anfallenden Kosten können aus dem Budget gedeckt werden.

Die Drucksache wurde am 26. Februar 2019 im Magistrat beraten.

Ralf Möller
Bürgermeister

Anlage:

Entwurf der Satzung des Holzkontors Darmstadt-Dieburg-Offenbach (zehn Seiten)



ANSTALTSSATZUNG

Die

Gemeinde Alsbach-Hähnlein, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Stadt Babenhausen, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Gemeinde Bickenbach, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Wissenschaftsstadt Darmstadt,
Stadt Dieburg, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Stadt Dietzenbach, Landkreis Offenbach,
Gemeinde Egelsbach, Landkreis Offenbach,
Gemeinde Eppertshausen, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Gemeinde Fischbachtal, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Stadt Griesheim, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Stadt Groß-Bieberau, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Stadt Groß-Umstadt, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Gemeinde Groß-Zimmern, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Gemeinde Hainburg, Landkreis Offenbach,
Stadt Langen (Hessen), Landkreis Offenbach,

Gemeinde Mainhausen, Landkreis Offenbach,
Gemeinde Messel, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Gemeinde Modautal, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Stadt Mühlheim am Main, Landkreis Offenbach,
Gemeinde Mühlthal, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Gemeinde Münster (Hessen), Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Stadt Ober-Ramstadt, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Stadt Obertshausen, Landkreis Offenbach,
Gemeinde Otzberg, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Stadt Reinheim, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Stadt Rödermark, Landkreis Offenbach,
Stadt Rodgau, Landkreis Offenbach,
Gemeinde Roßdorf, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Gemeinde Schaafheim, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Gemeinde Seeheim-Jugenheim, Landkreis Darmstadt-Dieburg,
Stadt Seligenstadt, Landkreis Offenbach,
Stadt Weiterstadt, Landkreis Darmstadt-Dieburg,

vereinbaren aufgrund der §§ 29 a und 29 b des Gesetzes über kommunale
Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I 1 S. 307), zuletzt geändert
durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 2015 (GVBl. S. 618)
i.V.m. § 126 a der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142),
zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Juni 2018 (GVBl. S. 291),

unter Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde die Gründung einer gemeinsamen
Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR), die den Namen

Holzkontor Darmstadt-Dieburg-Offenbach AöR

trägt.

Aufgrund der §§ 5, 51, 126a der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der
Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 6 des

Satzung des Holzkontors Darmstadt-Dieburg-Offenbach

Gesetzes vom 21. Juni 2018 (GVBl. S. 291) und der §§ 29 a und 29 b des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 307), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 20. Dezember 2015 (GVBl. S. 618), haben die

- Gemeindevertretung der Gemeinde Alsbach-Hähnlein in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Babenhausen in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Bickenbach in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Wissenschaftsstadt Darmstadt in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dieburg in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dietzenbach in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Egelsbach in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Eppertshausen in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Fischbachtal in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Griesheim in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Groß-Bieberau in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Groß-Umstadt in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Groß-Zimmern in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Hainburg in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langen (Hessen) in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Mainhausen in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Messel in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Modautal in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mühlheim am Main in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Mühlthal in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Münster (Hessen) in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ober-Ramstadt in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Obertshausen in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Otzberg in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Reinheim in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rodgau in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Roßdorf in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Schaafheim in ihrer Sitzung am
- Gemeindevertretung der Gemeinde Seeheim-Jugenheim in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Seligenstadt in ihrer Sitzung am
- Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weiterstadt in ihrer Sitzung am

die Errichtung der AöR und die Anstaltssatzung beschlossen.

Präambel

Die beteiligten Kommunen wollen ihr Engagement im Bereich einer nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Kommunalwälder als Element der Daseinsvorsorge für ihre Bevölkerung und die Öffentlichkeit aufrechterhalten und vertiefen.

Im Rahmen einer multifunktionalen Waldwirtschaft sind Elemente der Erholungsangebote, der Landschaftspflege, des Natur- und Biotopschutzes, des Arbeitsplatzerhalts und Bereitstellung des nachwachsenden Rohstoffes Holz zu beachten.

Fast jegliche forstliche Maßnahme der Waldpflege ist mit dem Anfall von Holz als Rohstoff, mit Holzerntemaßnahmen und dem Erfordernis einer fachlich qualifizierten personellen Betreuung behaftet.

Um diese Maßnahmen dauerhaft sicher zu stellen, organisiert das Holzkontor Darmstadt-Dieburg-Offenbach AöR den Abfluss und die Vermarktung der anfallenden Hölzer durch eigenes Personal und/oder Beauftragung Dritter.

Zu diesem Zweck wird das Holzkontor Darmstadt-Dieburg-Offenbach AöR gegründet. Die Gründungskommunen sind die:

Gemeinde Alsbach-Hähnlein
Stadt Babenhausen
Gemeinde Bickenbach
Wissenschaftsstadt Darmstadt
Stadt Dieburg
Stadt Dietzenbach
Gemeinde Egelsbach
Gemeinde Eppertshausen
Gemeinde Fischbachtal
Stadt Griesheim
Stadt Groß-Biebrau
Stadt Groß-Umstadt
Gemeinde Groß-Zimmern
Gemeinde Hainburg
Stadt Langen (Hessen)
Gemeinde Mainhausen
Gemeinde Messel
Gemeinde Modautal
Stadt Mühlheim am Main
Gemeinde Mühlthal
Gemeinde Münster (Hessen)
Stadt Ober-Ramstadt
Stadt Obertshausen
Gemeinde Otzberg
Stadt Reinheim
Stadt Rödermark
Stadt Rodgau
Gemeinde Roßdorf
Gemeinde Schaafheim
Gemeinde Seeheim-Jugenheim
Stadt Seligenstadt
Stadt Weiterstadt

Name, Sitz, Stammkapital, Anstaltsträgerinnen

(1) Die Anstalt führt den Namen Holzkontor Darmstadt-Dieburg-Offenbach mit dem Zusatz Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie tritt unter diesem Namen im gesamten Geschäfts- und Rechtsverkehr auf.

(2) Die Anstalt hat ihren Sitz in Groß-Umstadt.

(3) Trägerinnen der Anstalt sind die:

Gemeinde Alsbach-Hähnlein
Stadt Babenhausen
Gemeinde Bickenbach
Wissenschaftsstadt Darmstadt
Stadt Dieburg
Stadt Dietzenbach
Gemeinde Egelsbach
Gemeinde Eppertshausen
Gemeinde Fischbachtal
Stadt Griesheim
Stadt Groß-Biebrau
Stadt Groß-Umstadt
Gemeinde Groß-Zimmern
Gemeinde Hainburg
Stadt Langen (Hessen)
Gemeinde Mainhausen
Gemeinde Messel
Gemeinde Modautal
Stadt Mühlheim am Main
Gemeinde Mühlthal
Gemeinde Münster (Hessen)
Stadt Ober-Ramstadt
Stadt Obertshausen
Gemeinde Otzberg
Stadt Reinheim
Stadt Rödermark
Stadt Rodgau
Gemeinde Roßdorf
Gemeinde Schaafheim
Gemeinde Seeheim-Jugenheim
Stadt Seligenstadt
Stadt Weiterstadt

(im Folgenden als Anstaltsträgerinnen bezeichnet).

(4) Das Stammkapital beträgt 50.000,00 Euro. Es wird durch die Städte und Gemeinden mit den gleichen Anteilen erbracht. Im Falle eines Austritts bzw. der Aufnahme einer Anstaltsträgerin in die Anstalt gemäß § 11 dieser Satzung, ist der Anteil entsprechend anzupassen.

§ 2

Aufgaben der Anstalt

(1) Die Anstalt hat die Aufgabe, den Holzverkauf des durch die Forstbetriebe bzw. die Dienstleister der Anstaltsträgerinnen bereitgestellten Holzes vorzunehmen. Dazu haben die Forstbetriebe bzw. Dienstleister die notwendigen Waldwirtschaftsplanaten zu liefern, um der Anstalt die Vertragsdisposition und -abschlüsse im Vorgriff auf die Holzernte zu ermöglichen.

Das Nähere regeln entsprechende Geschäftsanweisungen und – bedingungen, die vom Vorstand zu erlassen sind.

§ 3 Organe

(1) Organe der Anstalt sind

1. der Vorstand (§ 4)
2. der Verwaltungsrat (§ 5).

(2) Für die Mitglieder der Organe der Anstalt mit Ausnahme der Bürgermeister und hauptamtlichen Beigeordneten gelten die Bestimmungen über ehrenamtlich Tätige nach §§ 21-27 HGO entsprechend.

Die Mitglieder von Vorstand und Verwaltungsrat sind zur Verschwiegenheit über alle vertraulichen Angelegenheiten sowie über Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse der Anstalt verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit gilt nicht gegenüber dem eigenen Magistrat/Gemeindevorstand bzw. der eigenen Stadtverordnetenversammlung bzw. Gemeindevertretung. Sie gilt auch nach dem Ausscheiden aus den Organen fort.

§ 4 Der Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus der/ dem Vorsitzenden, dessen/ deren Stellvertreter/ Stellvertreterin und drei weiteren Mitgliedern.

(2) Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf die Dauer von zwei Jahren. Er bestellt den Vorsitzenden des Vorstandes und dessen Stellvertreter und lädt zu der konstituierenden Sitzung des Vorstandes ein. Eine erneute Bestellung ist zulässig. Das Amt wird ehrenamtlich wahrgenommen.

(3) Der Vorstand leitet die Anstalt in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch diese Satzung etwas anderes bestimmt ist.
Der Vorstand ist berechtigt, unter Beachtung des § 126a Abs. 5 und § 71 Abs. 2 HGO Personal anzustellen, aus diesem Kreis einen Geschäftsführer sowie dessen Stellvertreter zu benennen und den Geschäftsführer bzw. Stellvertreter mit Aufgaben in Vertretung des Vorstands zu bevollmächtigen.

(4) Der Vorstand vertritt die Anstalt nach außen. Der Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden ist der allgemeine Vertreter bei Verhinderung des Vorstandsvorsitzenden. Für die Vertretung der Anstalt findet § 71 Abs. 2 HGO sinngemäß

Satzung des Holzkontors Darmstadt-Dieburg-Offenbach

Anwendung, wobei an die Stelle des Bürgermeisters der Vorstandsvorsitzende der Anstalt und an die Stelle des Mitglieds des Gemeindevorstandes ein Mitglied des Vorstandes tritt.

(5) Der Vorstand hat den Anstaltsträgerinnen auf Verlangen Auskunft über alle wichtigen Angelegenheiten der Anstalt zu geben.

(6) Der Vorstand hat den Verwaltungsrat über alle wichtigen Angelegenheiten laufend zu unterrichten und ihm wichtige Anordnungen der Aufsichtsbehörde sowie alle Anordnungen, bei denen die Aufsichtsbehörde dies ausdrücklich bestimmt hat, mitzuteilen.

(7) Der Vorstand berichtet dem Verwaltungsrat mehrmals jährlich über den Stand des Vollzugs des Wirtschaftsplans und unverzüglich über absehbare wesentliche Verschlechterungen des Jahresergebnisses.

(8) Der für die Anstalt geltende Wirtschaftsplan und die vom Verwaltungsrat gegebenen Richtlinien sind einzuhalten.

§ 5

Der Verwaltungsrat

(1) Der Verwaltungsrat setzt sich aus den amtierenden Bürgermeistern/Bürgermeisterinnen/Oberbürgermeistern/Oberbürgermeisterinnen einer jeden Anstaltsträgerin zusammen. Die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder entspricht der Anzahl der Anstaltsträgerinnen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden von ihren Stellvertretern im Amt vertreten.

(2) Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter des Vorsitzenden. Die Amtszeit des Vorsitzenden entspricht der Amtszeit des Vorstandes nach § 4 Abs. 2.

(3) Die Stimmrechte sind für jede Anstaltsträgerin gleich.

§ 6

Zuständigkeit des Verwaltungsrats

(1) Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes. Er beschließt über die grundsätzlichen Angelegenheiten der Anstalt, soweit nicht gesetzliche Vorschriften etwas anderes bestimmen. Der Verwaltungsrat entscheidet auch über die Abberufung der Mitglieder des Vorstandes.

(2) Der Verwaltungsrat kann jederzeit vom Vorstand über alle Angelegenheiten der Anstalt Berichterstattung verlangen.

(3) Der Verwaltungsrat entscheidet insbesondere über:

1. Grundsätze der Geschäftspolitik und Ziele der Anstalt,
2. sämtliche Änderungen der Satzung der Anstalt,
3. Beitritt weiterer Träger,
4. den vom Vorstand aufgestellten Wirtschafts- und Finanzplan und hierzu eventuell notwendige Änderungen, sowie die notwendigen Fehlbeträge oder Umlagen, gemäß § 9 Abs. 2
5. die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses,

- 6. die Ergebnisverwendung
- 7. die Entlastung des Vorstands,
- 8. den Erlass und die Änderung einer Geschäftsordnung,
- 9. die langfristigen Planungen.

(4) Dem Vorstand gegenüber vertritt der Vorsitzende des Verwaltungsrats die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. In diesem Fall gilt § 58 Abs. 7 HGO entsprechend.

(5) Falls der Verwaltungsrat nicht rechtzeitig einberufen werden kann und sonst Nachteile für die Anstalt entstehen können, trifft bei Dringlichkeit der Vorstand im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats die notwendigen Maßnahmen. Über diese Maßnahmen hat der Vorstand den Verwaltungsrat unverzüglich zu unterrichten.

§ 7

Einberufung und Beschlüsse des Verwaltungsrats

(1) Der Verwaltungsrat tritt auf schriftliche oder elektronisch erfolgende Einladung des Vorsitzenden Mitglieds zusammen. Die konstituierende Sitzung nach Gründung erfolgt durch Einladung des Verwaltungsratsmitglieds mit dem höchsten Lebensalter. Die Einladung muss Tagungszeit und -ort und die Tagesordnung angeben und ist öffentlich bekannt zu machen. Sie muss den Mitgliedern des Verwaltungsrats spätestens am siebten Tag vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann die Frist bis auf 24 Stunden verkürzt werden.

(2) Der Verwaltungsrat berät und beschließt in öffentlicher Sitzung und ist jährlich mindestens zweimal einzuberufen. Er muss außerdem einberufen werden, wenn dies ein Viertel der Mitglieder des Verwaltungsrats unter Angabe des zur Verhandlung zu stellenden Gegenstandes verlangt und die Verhandlungsgegenstände in die Zuständigkeit des Verwaltungsrats fallen.

(3) Das vorsitzende Mitglied leitet die Sitzungen des Verwaltungsrats und übt das Hausrecht aus.

(4) Für die Beschlussfähigkeit des Verwaltungsrats gilt § 53 HGO entsprechend.

(5) Für Beschlüsse des Verwaltungsrats gilt § 54 HGO entsprechend, mit Ausnahme der Beschlüsse, die gemäß §29b Absatz 6 Satz 2 KGG der Zustimmung aller Anstaltsträgerinnen bedürfen.

(6) Die Befugnis der Anstaltsträgerinnen, nach § 29b Abs. 4 KGG ihrem Verwaltungsratsmitglied Weisungen zu erteilen, bleibt unberührt bestehen.

(7) Über die vom Verwaltungsrat gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift zu fertigen. Diese wird vom vorsitzenden Mitglied unterzeichnet und dem Verwaltungsrat in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt.

§ 8

Wirtschaftsplanung; Wirtschafts- und Haushaltsführung

(1) Die Wirtschaft der Anstalt ist im Rahmen der Vermögensverwaltung der Forstflächen ihrer Trägerinnen und des in der Präambel dargestellten öffentlichen Zwecks so zu planen und zu führen, dass die sparsame, stetige und wirtschaftliche Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.

§ 121 Abs. 7, Abs. 8 HGO gilt entsprechend.

(2) Grundlagen für die Wirtschaftsführung der Anstalt sind ausschließlich die Bestimmungen des Sechsten Teils der Hessischen Gemeindeordnung (HGO), insbesondere die Spezialregelungen des §126a HGO und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen (§ 154 Abs. 3 und 4 HGO).

(3) Der Vorstand hat den Jahresabschluss nach §112 HGO innerhalb von vier Monaten nach dem Ende des Wirtschaftsjahres aufzustellen und dem Verwaltungsrat zur Feststellung vorzulegen.

Der Jahresabschluss ist vom Vorstand unter Angabe des Datums zu unterzeichnen

(4) Die Feststellung des Jahresabschlusses soll durch den Verwaltungsrat innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Wirtschaftsjahres erfolgen. Der Verwaltungsrat hat dabei über die Verwendung des Jahresgewinns oder die Behandlung des Jahresverlustes (§ 9 Abs. 2) und die Entlastung des Vorstands zu entscheiden.

(5) Rechtsgeschäfte im Sinne des § 104 HGO darf die Anstalt nicht tätigen.

§9

Kostenverteilung

(1) Für die Aufgabenerfüllung haben die Anstaltsträgerinnen die notwendigen Kosten zu erstatten.

Hierfür werden für die Aufgaben des Holzkontors die Kosten wie folgt aufgegliedert und verteilt:

1. 50% gemäß der Verteilung der kommunalen Forstbetriebsflächen gemäß der aktuellen Forsteinrichtungen der jeweiligen Forstbetriebe
2. 50% gemäß der vermarkteten Festmeter Holz.

Die Festlegungen erfolgen gemäß eines vom Vorstand aufzustellenden Wirtschaftsplanes und werden im Folgejahr im Ist abgerechnet.

(2) Überschüsse und Fehlbeträge werden grundsätzlich in das folgende Wirtschaftsjahr vorgetragen und sind dort auszugleichen. Ist der Ausgleich von Fehlbeträgen nicht möglich kann der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Vorstandes eine zu erhebende Umlage von den Anstaltsträgerinnen festsetzen.

§ 10

Vermögensverwaltung, Rechnungsprüfung, laufende Verwaltung

(1) Für Erwerb, Verwaltung und Veräußerung des Vermögens der Anstalt gelten die §§ 108, 109 HGO entsprechend.

(2) Die laufende Verwaltung der Anstalt wird durch eigenes Personal/Geschäftsstelle gemäß § 4 Abs. 3 und 4, sowie § 8 übernommen.

(3) Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamts nach § 128 ff HGO werden vom Revisionsamt des Landkreises Darmstadt-Dieburg wahrgenommen.

§ 11

Aufnahme und Ausscheiden einer der Anstaltsträgerinnen

(1) Es ist weiteren Städten bzw. Gemeinden möglich, der AöR beizutreten. Hierfür gelten die Regelungen des § 29b KGG.

(2) Der zu erwerbende Anteil / Anteil am Stammkapital bestimmt sich nach der Anzahl der Trägerinnen nach dem Beitritt. Durch den Beitritt erhöht sich nicht die Summe der Einlagen in der AöR, sondern es verringert sich der Anteil der bereits an der AöR beteiligten Gebietskörperschaften im Verhältnis ihrer Beteiligung. Die von der Verringerung Ihrer Anteile betroffenen Gebietskörperschaften haben einen Anspruch auf einen Ausgleich in Geld gegen die erwerbende Gebietskörperschaft in Höhe des verlustig gegangenen Wertes des Anteils. Weitere Einzelheiten können durch eine separate Aufnahmevereinbarung festgelegt werden.

(3) Das Ausscheiden einer der Anstaltsträgerinnen ist für die jeweilige Anstaltsträgerin frühestens fünf Jahre nach Beitritt bzw. Gründung der Anstalt möglich. Die entsprechende Mitteilung der Trägerin muss spätestens 12 Monate vor dem Zeitpunkt, zu dem die Trägerin ausscheiden will, mit eingeschriebenem Brief an den Vorstand erfolgen.

(4) Der Anteil der ausscheidenden Anstaltsträgerin wächst den übrigen Anstaltsträgerinnen zu.

(5) Der ausscheidenden Anstaltsträgerin steht ein Abfindungsanspruch zu, der sich nach den von ihr gehaltenen Anteilen gemäß § 1 Abs. 5 dieser Satzung am Stammkapital bemisst.

(6) Weitere Abfindungsansprüche entstehen nicht.

(7) Personal verbleibt bei der AöR. Im Fall des Ausscheidens einer Anstaltsträgerin ist eine Vereinbarung mit der ausscheidenden Anstaltsträgerin zu treffen, falls Nachlaufkosten für Personalaufwendungen durch das Ausscheiden entstehen.

§12

Auflösung der AöR

(1) Die Entscheidung über die Auflösung der AöR bedarf der Zustimmung aller Anstaltsträgerinnen. Im Falle ihrer Auflösung fällt das Vermögen der Anstalt im Verhältnis des gehaltenen Anteils an die jeweilige Anstaltsträgerin zurück, sofern diese nicht darauf verzichten bzw. die Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung keine andere Verwendung beschließt.

(2) Beschäftigte zum Zeitpunkt der Auflösung der Anstalt fallen den Anstaltsträgerinnen nach der anteiligen Waldfläche der Anstaltsträgerinnen zu. Die Anstaltsträgerinnen, die kein Personal übernehmen, haben sich anteilig nach den Flächenanteilen an den Kosten zu beteiligen, wobei die Kostenanteile den personalübernehmenden Anstaltsträgerinnen entsprechend anteilig zufließen.

§13 **Veröffentlichungen**

Die öffentliche Bekanntmachung der Errichtung der Anstalt sowie der Gründungssatzung und von Änderungen der Satzung erfolgt in den jeweiligen Bekanntmachungsorganen der Anstaltsträgerinnen.

Sonstige öffentliche Bekanntmachungen der Anstalt erfolgen durch Veröffentlichung im „Darmstädter Echo“ und in der „Offenbach Post“.

§14 **Inkrafttreten**

Die Anstalt entsteht durch Vereinbarung ihrer Errichtung, welche am Tag nach der letzten öffentlichen Bekanntmachung wirksam wird. Diese Satzung tritt am Tag nach der letzten Bekanntmachung der selbigen in Kraft.

Für die Gemeinde Alsbach-Hähnlein am
Für die Stadt Babenhausen am
Für die Gemeinde Bickenbach am
Für die Wissenschaftsstadt Darmstadt am
Für die Stadt Dieburg am
Für die Stadt Dietzenbach am
Für die Gemeinde Egelsbach am
Für die Gemeinde Eppertshausen am
Für die Gemeinde Fischbachtal am
Für die Stadt Griesheim am
Für die Stadt Groß-Bieberau am
Für die Stadt Groß-Umstadt am
Für die Gemeinde Groß-Zimmern am
Für die Gemeinde Hainburg am
Für die Stadt Langen (Hessen) am
Für die Gemeinde Mainhausen am
Für die Gemeinde Messel am
Für die Gemeinde Modautal am
Für die Stadt Mühlheim am Main am
Für die Gemeinde Mühlthal am
Für die Gemeinde Münster (Hessen) am
Für die Stadt Ober-Ramstadt am
Für die Stadt Obertshausen am
Für die Gemeinde Otzberg am
Für die Stadt Reinheim am
Für die Stadt Rödermark am
Für die Stadt Rodgau am
Für die Gemeinde Roßdorf am
Für die Gemeinde Schaafheim am
Für die Gemeinde Seeheim-Jugenheim am
Für die Stadt Seligenstadt am
Für die Stadt Weiterstadt am